



1000893802

DATE DEPOT : 2010-01-29

NUMERO DE DEPOT : 8938

N° GESTION : 2003B11206

N° SIREN : 449281708

DENOMINATION : ABERDEEN IMMOBILIEN KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT MBH

ADRESSE : A L ETRANGER

DATE D'ACTE : 2009/11/17

TYPE D'ACTE : EXPEDITION NOTARIEE

NATURE D'ACTE :

**Gesellschaftsvertrag der
Aberdeen Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH**

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

1. Die Firma der Gesellschaft lautet Aberdeen Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH.
2. Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Die Gesellschaft ist eine Kapitalanlagegesellschaft im Sinne des Investmentgesetzes („InvG“).
2. Gegenstand ihrer Tätigkeit ist die Verwaltung von:
 - a. Immobilien-Sondervermögen gemäß §§ 66 bis 82 InvG und
 - b. Spezial-Sondervermögen gemäß §§ 91 bis 95 InvG, wenn für Rechnung dieser Sondervermögen ausschließlich Vermögensgegenstände im Sinne des § 2 Abs. 4 Nr. 2, 4, 5 und 6 sowie nach Maßgabe des §80 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 4 und 5 InvG und Derivate zu Absicherungszwecken erworben werden und soweit es sich nicht um Spezial-Sondervermögen in der Form von Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken oder in der Form von Dach-Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken handelt.
3. Neben den Geschäften, die zur Anlage ihres eigenen Vermögens erforderlich sind, darf die Gesellschaft außer den in Abs. 2 genannten Geschäften folgende Geschäfte und Tätigkeiten betreiben:
 - die Verwaltung einzelner in Immobilien angelegter Vermögen für andere;
 - den Abschluss von Altersvorsorgeverträgen gemäß § 1 Abs. 1 des Altersvorsorgeverträge - Zertifizierungsgesetzes sowie von Verträgen zum Aufbau einer eigenen kapitalgedeckten Altersversorgung im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b des Einkommensteuergesetzes;
 - den Vertrieb von Anteilen, die nach den Vorschriften des Investmentgesetzes ausgegeben worden sind sowie Anteile, die nach den Vorschriften dieses Gesetzes öffentlich vertrieben werden dürfen;

- sonstige mit den vorstehend genannten Dienstleistungen und Nebendienstleistungen unmittelbar verbundenen Tätigkeiten;
 - die Beteiligung an Unternehmen, wenn der Geschäftszweck des Unternehmens gesetzlich oder satzungsmäßig im wesentlichen auf Geschäfte ausgerichtet ist, welche die Gesellschaft selbst betreiben darf, und eine Haftung der Gesellschaft aus der Beteiligung durch die Rechtsform des Unternehmens beschränkt ist.
4. Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen errichten.

§ 3 Stammkapital

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

Euro 10.300.000,00

Die Stammeinlagen sind in voller Höhe erbracht. Die Zusammenlegung von voll einbezahlten Geschäftsanteilen ist zulässig.

2. Die Veräußerung, Teilung oder Belastung eines Geschäftsanteils oder eines Teiles davon bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung (§ 10 Abs. 1 dieser Satzung). Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 17 des Gesetzes betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung unberührt.

§ 4 Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat zwei oder mehr Geschäftsführer.
2. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam, durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen oder durch einen Prokuristen zusammen mit einem weiteren Prokuristen vertreten.
3. Die Geschäftsführer leiten die Geschäfte in eigener Verantwortung. Sie sind der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, welche sich aus Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag und einer vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung ergeben.
4. Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

§ 5

Dauer der Gesellschaft/Geschäftsjahr

1. Für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des 30. September 2008 wird ein Rumpfgeschäftsjahr gebildet. Ab dem 1. Oktober 2008 läuft das Geschäftsjahr vom 1. Oktober bis zum 30. September.
2. Die Gesellschaft besteht auf unbestimmte Zeit.

§ 6

Jahresabschluss/Gewinnverwendung

1. Für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gelten die gesetzlichen Vorschriften.
2. Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss fest und entscheidet über die Gewinnverwendung.

§ 7

Befreiung von Konkurrenzverbot

1. Die Gesellschafterversammlung kann mit einfacher Mehrheit einem oder mehreren Gesellschaften auf Antrag Befreiung vom Verbot einer Konkurrenzfähigkeit erteilen.
2. Der Antrag, der dem Beschluss zugrunde liegt, soll alle Tatsachen und Umstände darlegen, die der Gesellschaft eine Entscheidung darüber ermöglichen, ob die beabsichtigte Konkurrenzfähigkeit zugelassen werden kann.
3. Die Entscheidung der Gesellschafterversammlung ist mit den sie tragenden Gründen in einer Niederschrift festzuhalten; gegebenenfalls ist mit den betroffenen Gesellschaftern ein besonderer Vertrag abzuschließen.
4. Entsprechendes gilt für die Befreiung von Geschäftsführern vom Wettbewerbsverbot.

§ 8

Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen und zwar durch die Geschäftsführer oder den Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

2. Die Einberufung hat durch eingeschriebenen Brief unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 14 Tagen zu erfolgen. Bei Berechnung dieser Frist sind der Tag der Absendung und der Tag der Versammlung nicht mitzurechnen.
3. In dringenden Fällen kann auch mit einer kürzeren Frist sowie mittels elektronischer Medien (insbesondere Telegramm, Fax oder Email) einberufen werden.

§9

Gesellschafterbeschlüsse

1. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt.
2. Je Euro 1.000 (EURO eintausend) eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
3. Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen und von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen. Den Gesellschaftern und den Geschäftsführern sind Abschriften zu übermitteln.
4. Die Beschlussfassung mittels elektronischer Medien (insbesondere Telegramm, Fax oder Email) ist zulässig, wenn innerhalb einer Frist von 10 Tagen, gerechnet vom Tag der Absendung der Aufforderung zur Beschlussfassung, kein Gesellschafter widerspricht und für eine Beschlussfassung durch das Gesetz eine besondere Form nicht vorgeschrieben ist. Absatz 3, letzter Satz, gilt entsprechend.
5. § 47 Abs. 4 GmbHG ist, im Rahmen des gesetzlichen Zulässigen, abbedungen.

§10

Aufsichtsrat

1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Er wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen.
2. Der Aufsichtsrat besteht aus drei von der Gesellschafterversammlung auf die Dauer von drei Jahren zu wählenden Mitgliedern. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sollen ihrer Persönlichkeit und Sachkunde nach die Wahrung der Interessen der Gesellschafter gewährleisten. Die Amtszeit des Aufsichtsrates endet mit Beendigung der Gesellschafterversammlung, die

über die Entlastung für das zweite Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem gewählt wird, nicht mitgerechnet.

3. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt durch eine an die Gesellschaft zu richtende Erklärung zum Ende des auf den laufenden Monat folgenden Monats niederlegen.
4. Der Aufsichtsrat wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.
5. Beschlüsse des Aufsichtsrates werden in Sitzungen gefasst, zu denen die Mitglieder unter der zuletzt bekannten Anschrift schriftlich oder mittels elektronischer Medien (insbesondere Telegramm, Fax oder Email) zu laden sind. In dringenden Fällen ist eine Beschlussfassung auch durch briefliche Stimmenabgabe, oder durch Stimmenabgabe mittels elektronischer Medien (insbesondere Telegramm, Fax oder Email) zulässig, wenn kein Mitglied des Aufsichtsrates innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach Absendung der Aufforderung zur Beschlussfassung widerspricht.
6. Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern. Er berät und überwacht die Geschäftsführung und berät die Gesellschafterversammlung, die ihm die Wahrung von Rechten der Gesellschafterversammlung übertragen kann. Er ist berechtigt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung zu erlassen, diese zu ergänzen oder abzuändern. Er hat das Recht auf Einberufung der Gesellschafterversammlung.
7. Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden, deren Aufgaben und Befugnisse festsetzen und ihnen Entscheidungsbefugnisse übertragen.
8. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats sind mit mindestens zwei Aufsichtsratsmitgliedern besetzt. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats entscheiden einstimmig.
9. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind Maßgabe des § 93 Aktiengesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Aufsichtsrats die in § 6 Abs. 2 InvG genannten Vorschriften des Aktiengesetzes zu beachten. Im übrigen ist § 52 GmbH-Gesetz, soweit zulässig, ausgeschlossen.
10. Der Aufsichtsrat kann bestimmte Arten von Geschäften von seiner Zustimmung abhängig machen.

§ 11

Sonstiges

Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.

Nummer 700 der Urkundenrolle für 2009 W

B e s c h e i n i g u n g

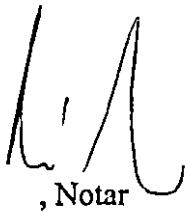
Gemäß § 54 Abs. 1 GmbHG bescheinige ich, dass die geänderten Bestimmungen des vorstehenden Gesellschaftsvertrags mit dem Beschluss über die Änderung des Gesellschaftsvertrages vom

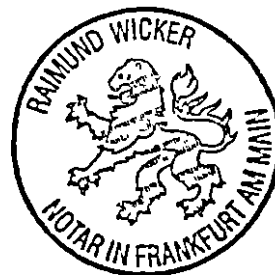
14.10.2009

und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrags übereinstimmen.

Der Notar stellte die Frage nach einer Vorbefassung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG; diese wurde verneint.


Frankfurt am Main, den 14.10.2009

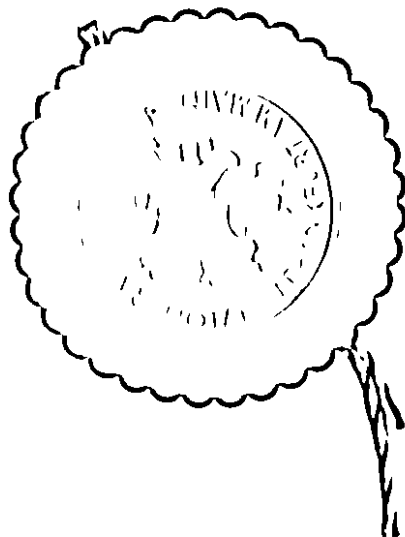

, Notar



Diese Abschrift gibt die Urschrift der Urkunde
einwandfrei und vollständig wieder.

Frankfurt am Main, den 17. November 2009

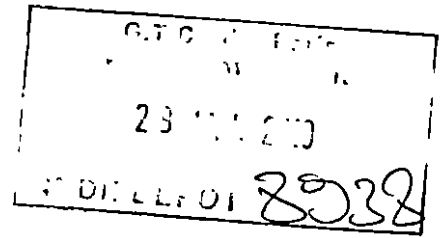

, Notar



08B-11

[Traduction non officielle]

Cette copie reproduit parfaitement et complètement
la signature de l'acte.



Frankfurt sur le Main le 14 octobre 2009

Une signature

Le notaire

traduction certifiée conforme Un sceau

A handwritten signature in black ink, written over a horizontal line. The signature appears to be "Min J. J. J."

Un écusson

Acte établi par les notaires

Raimund WICKER
Dr. Wolfgang HANF
Dr. Thilo KRAUSE-PALFNER
Stefan OBERMANN
Johanna MASSER
Hans-Joachim ENKE
Eckart C. HILD

60313 FRANCFORT SUR LE MAIN. GOETHESTRASSE 31-33

Photocopie certifiée

**Contrat de Société
de la Société à responsabilité limitée
Aberdeen Immobilien Kapitalgesellschaft mbH**

**Article 1
Dénomination sociale et siège de la société**

1. Le nom de la Société est : Aberdeen Immobilien Kapitalgesellschaft mbH.
(Société de capitaux Aberdeen Immobilien)
2. Le siège de la Société est situé à Francfort sur le Main

**Article 2
Objet de la Société**

1. La Société est une société de placement de capitaux dans le sens de la Loi allemande sur les Investissements (« InvG »)
2. La Société a pour objet la gestion de :
 - a. fonds communs de placement immobiliers constitués en vertu des articles 66 à 82 de la Loi sur les Investissements (« InvG »)
 - b. des fonds communs de placement spéciaux constitués en vertu des articles 91 à 95 de l'InvG, à condition que seuls des éléments constitutifs de patrimoine, tels que ceux prévus à l'article 2 alinéa 4 nr. 2, 4, 5 et 6 et conformes à l'article 80 alinéa 1, phrase 1 nr. 3, 4 et 5 de l'InvG ainsi que des dérivés soient acquis à des fins de garantie pour le compte de ses fonds communs de placement et à condition qu'il ne s'agisse pas de fonds communs de placement spéciaux ayant la forme de fonds communs de placement dotés de risques supplémentaires ou ayant la forme de fonds communs faitiers dotés de risques supplémentaires.
3. Outre les opérations nécessaires au placement de son propre patrimoine, la Société est autorisée à procéder aux opérations et activités suivantes en dehors des opérations à l'alinéa 2 :

- la gestion pour le compte de tiers, de différents éléments de patrimoine placés dans l'immobilier ;
 - la conclusion de contrats de prévoyance vieillesse en vu de l'article 1 alinéa 1 de la Loi allemande relative à la Certification des Contrats de prévoyance vieillesse ainsi que de contrats permettant la constitution d'une pension de vieillesse couverte par capitaux dans le sens de l'article 10 alinéa 1 nr. 2 lettre b de la Loi allemande sur l'Impôt sur le Revenu ;
 - la distribution de parts qui ont été émises en vertu des dispositions de la Loi allemande sur les Investissements ainsi que de parts qui peuvent, selon les dispositions de ladite Loi, faire l'objet d'une distribution publique ;
 - d'autres activités directement liées aux prestations mentionnées plus haut ;
 - la participation dans des entreprises, si le but de ces entreprises est principalement orienté, selon la loi ou les statuts, vers des opérations auxquelles la société elle-même est autorisée à procéder et si la forme juridique de l'entreprise permet de limiter la responsabilité résultant de la participation pour la société.
4. La Société peut ouvrir des succursales.

Article 3 Capital Social

1. Le capital social de la Société s'élève à :
- 10.300.000,00 euros
- Les parts sociales ont été libérées en intégralité. Il est possible de procéder au regroupement de parts sociales intégralement libérées.
2. La vente, le partage ou le nantissement d'une part sociale ou d'une partie d'une part est soumise au consentement de l'assemblée des associés (§10 alinéa 1 des présents statuts). Il n'est pas dérogé par ailleurs aux dispositions de l'article 17 de la Loi allemande portant sur les sociétés à responsabilité limitée.

Article 4 Gérance

1. La Société a deux ou plusieurs gérants.
2. La Société est représentée conjointement par deux gérants, par un gérant conjointement avec un fondé de pouvoir ou par un fondé de pouvoir conjointement avec un autre fondé de pouvoir.

3. Les gérants dirigent les affaires sous leur propre responsabilité. Ils sont tenus, vis-à-vis de la Société, de respecter les restrictions découlant de la loi, du présent contrat de société et d'un règlement établi par le conseil de surveillance.
4. Les gérants sont dégagés des restrictions de l'article 181 BGB (*Code Civil allemand*).

Article 5 **Durée de la société / Exercice**

1. L'exercice débutant le 1er janvier 2008 expirera de manière anticipée le 30 septembre 2008. A compter du 1er octobre 2008, l'exercice ira du 1er octobre au 30 septembre.
2. La Société est formée pour une durée indéterminée.

Article 6 **Clôture annuelle des comptes / Utilisation des bénéfices**

1. Les dispositions légales s'appliquent pour l'établissement et le contrôle de la clôture annuelle des comptes et du rapport de gestion.
2. L'assemblée des associés arrête la clôture annuelle des comptes et décide de l'affectation des bénéfices.

Article 7 **Dégagement de l'obligation de non-concurrence**

1. L'assemblée des associés peut, à la majorité simple, dégager sur demande un ou plusieurs associés de l'obligation de non-concurrence.

2. La demande à l'origine de la décision devra mentionner l'ensemble des faits et des circonstances qui permettront à la Société de décider si l'activité concurrente envisagée peut ou non être autorisée.
3. La décision de l'assemblée des associés et les motifs la justifiant devront être fixés par écrit dans un procès-verbal ; le cas échéant, il conviendra de conclure un contrat spécial avec les associés concernés.
4. Il en va de même en ce qui concerne le dégagement de gérants de l'obligation de non-concurrence.

Article 8 **Assemblée des associés**

1. L'assemblée des associés devra être convoquée au moins une fois par an et ce, soit par les gérants, soit par le président du conseil de surveillance.
2. La convocation devra être faite par lettre recommandée indiquant l'ordre du jour et ce, dans un délai d'au moins 14 jours. Il faut, dans le calcul du délai, ne tenir compte ni de la date d'expédition, ni de la date de l'assemblée.
3. En cas d'urgence, il est possible de convoquer l'assemblée dans un délai plus court, ainsi que par voie électronique (en particulier télégramme, télécopie ou courrier électronique).

Article 9 **Résolutions des associés**

1. Les résolutions de l'assemblée des associés sont prises à la majorité simple des voix exprimées, dans la mesure où la loi ne stipule pas une majorité plus importante.
2. Chaque montant de 1.000 euros (mille euros) sur une part sociale donne droit à une voix.

3. Un procès-verbal des résolutions prises par l'assemblée des associés sera rédigé puis signé par le président et les associés et les gérants en recevront copie.
4. La prise de résolution par voie électronique (en particulier par télégramme, télécopie ou courrier électronique) est autorisée dans la mesure où aucun associé ne s'y oppose dans un délai de 10 jours, date d'expédition de la demande de vote non comprise, et où la Loi ne prescrit pas une forme spécifique pour une résolution précise. L'alinéa 3, dernière phrase s'applique de manière analogue.
5. L'article 47 alinéa 4 GmbHG (*Loi sur les Sociétés à Responsabilité limitée de droit allemand*) est abrogée dans le cadre de ce qui est légalement admissible.

Article 10 Conseil de Surveillance

1. La Société est dotée d'un conseil de surveillance qui est nommé et révoqué par l'assemblée des associés.
2. Le conseil de surveillance est composé de trois membres qui seront élus par l'assemblée des associés pour une durée de trois ans. Les membres du conseil de surveillance doivent, grâce à leur personnalité et leurs connaissances, garantir la défense des intérêts des associés. Le mandat du conseil de surveillance prend fin à la fin de l'assemblée des associés qui décide du quitus pour le deuxième exercice après l'élection : on ne tient pas compte ici de l'exercice au cours duquel a lieu l'élection.
3. Chaque membre du conseil de surveillance peut démissionner de ses fonctions par une déclaration adressée à la société et ce, pour la fin du mois consécutif au mois en cours.
4. Le conseil de surveillance élit un président et un suppléant.
5. Les décisions du conseil de surveillance sont prises dans le cadre de séances auxquelles les membres devront être convoqués à leur dernière adresse connue et ce, soit par écrit, soit par voie électronique (en particulier, télégramme, télécopie ou courrier électronique). En cas d'urgence, le vote peut avoir lieu par correspondance ou être émis par moyen électronique (en particulier télégramme, télécopie ou courrier électronique), dans la mesure où aucun membre du conseil

de surveillance ne s'y oppose dans un délai de 10 jours à compter de l'envoi de la demande de vote.

6. Le conseil de surveillance représente la Société vis-à-vis des gérants. Il conseille et surveille la gérance et conseille l'assemblée des associés qui peut lui confier la défense des intérêts de l'assemblée des associés. Il est autorisé à émettre un règlement à l'attention de la gérance, à le compléter ou à le modifier. Il a le droit de convoquer l'assemblée des associés.
7. Le conseil de surveillance se dote d'un règlement. Il peut, parmi ses membres, former des commissions, fixer leurs tâches et leurs pouvoirs et leur conférer des pouvoirs de décision.
8. Les commissions du conseil de surveillance sont composées d'au moins deux membres du conseil de surveillance. Les commissions du conseil de surveillance décident à l'unanimité.
9. Les membres du conseil de surveillance sont tenus au secret professionnel en vertu de l'article 93 AKtG (*Loi allemande sur les Sociétés par Action*). Par ailleurs, les membres du conseil de surveillance sont tenus au respect des dispositions de la Loi allemande sur les Sociétés par Actions citées à l'article 6 alinéa 2 InvG (*Loi allemande sur les Investissements*). L'application de l'article 52 GmbH (*Loi sur les Sociétés à responsabilité limitée de droit allemand*) est exclue dans la mesure du possible.
10. Le conseil de surveillance peut soumettre à son approbation certains types d'opérations.

Article 11 **Divers**

Les publications de la Société se font exclusivement dans le Journal Officiel électronique (*Bundesanzeiger*).

Nr. 700 sur le Registre des Acts pour 2009 W

Certification

En vertu du § 54 alinéa 1 GmbHG, je certifie que les dispositions modifiées du Contrat de Société ci-dessus correspondent parfaitement à la décision sur la modification des statuts du

14.10.2009

et aux dernières dispositions non modifiées et au texte tous deux enregistrés au Registre du Commerce.

Le notaire a posé la question de savoir s'il existe une formulation préalable dans le sens de § 3 alinéa 1 nr. 7 BeurkG ; la question a reçu une réponse négative.

Francfort sur le Main, le 14.10.2009